

Über Rassismus und Identitätspolitik

«Die heutige Polarisierung der Gesellschaft scheint mir viel mit der verzerrten Repräsentation der jeweils anderen zu tun zu haben»: Di Blasi zeigt anhand eines Märchens die Genese der rechten Identitätspolitik und schlägt den Bogen zur gegenwärtigen Polarisierung der Gesellschaft.

Von Marcus Moser

Luca Di Blasi, Philosophieprofessor vom Institut für Systematische Theologie der Universität Bern, sprang kurzfristig für eine erkrankte Referentin ein. «Worin also besteht das strukturell Neue des heutigen Rassismus?» fragte Di Blasi eingangs. Er verstehe ihn als «extreme Ausdrucksform einer rechten Identitätspolitik».

Sein Ausgangspunkt bildete eine Spannung in der Verwendung des Begriffs «Rasse». Im Umgang mit diesem Wort liessen sich markante Unterschiede zwischen dem US-amerikanischen Sprachraum und (dem deutschsprachigen) Europa beobachten: «In Europa ist der Begriff wegen seiner biologistischen Konnotation verpönt.» Werde deswegen aber auf den Begriff verzichtet, laufe man Gefahr, die Existenz von Rassismus und rassistischer Diskriminierung zu übersehen. Wer genau hinsehe, so Di Blasi, könne zwischen einem rassistischen und einem antirassistischen Begriff der Rasse zwei Transformationen entdecken: Rasse werde erstens von einer biologistischen zu einer sozial-konstruierten Kategorie. Und zweitens stünden nicht mehr die Träger:innen des Rassismus im Mittelpunkt, sondern dessen Opfer. Jene Politik, die auf diesen beiden Transformationen beruhe, könne als «progressive Identitätspolitik» bezeichnet werden.

Nachdem Luca Di Blasi den Begriff der Identitätspolitik auf Jean-Paul Sartre zurückführte, erörterte er die hierauf konzeptionell grundlegende «progressive Identitätspolitik» anhand eines Gedankenexperiments von Caroline Emcke aus dem Jahr 2019. Es geht verknüpft so: Nehmen wir an, es gälte die Regel, dass nur Menschen von einer Körpergrösse über 185 Zentimeter («die Grossen») in die Oper gehen dürfen. Alle anderen – «die Wenigergrossen» - nicht. Personen, die aufgrund ihrer Körpergrösse abgelehnt wurden, wurde dieses Kriterium der Körpergrösse, das ihnen zunächst nichts bedeutet habe, relevant. Caroline Emcke: «Das ist ein Paradox, das sie nicht vermeiden können, wenn sie etwas ändern wollen an der ungerechten Behandlung: Sie müssen das, was ihnen selbst unwichtig erscheint, wichtig nehmen, sie müssen sich selbst wahrnehmen als Angehörige einer Gruppe, die so nicht bestünde, würden alle Opernliebhaber gleich behandelt.»

Das Gedankenexperiment enthält nach Luca Di Blasi aber eine entscheidende Leerstelle, die er in einer Fortsetzung des Gedankenexperiments entfaltete: «Es wird kein Wort über das Eintrittsgeld verloren». Erst wenn dieses Element integriert wird, sei man in der Lage zu verstehen, warum sich eine rechte Identitätspolitik bilden konnte. Auch die meisten Grossen seien nämlich bisher nicht in die Oper gekommen – weil sie nicht über die nötigen Mittel hierfür verfügten. Durch die Vernachlässigung der ökonomischen oder sozialen Dimension habe aber der falsche Eindruck entstehen können, dass die Körpergrösse das zentrale Kriterium über den Einlass gewesen wäre, so Di Blasi. Dadurch habe «über 1,85» allmählich zur Chiffre für «in die Oper hineinkommen» werden können. Wenn sich aber jene «Großen», die nie eine Oper von Innen

gesehen hatten, sich darüber ärgerten, bekamen sie immer das Gleiche zu hören: Warum beklagt ihr Euch? Ihr seid über 1,85, und Euch geht es immer noch besser als den weniger Großen, euch wurde nämlich der Eintritt nie prinzipiell verwehrt. Und nachdem das länger so ging, begann für diese die Kategorie «über 1,85», die ihnen zunächst wenig bedeutet hatte, relevant zu werden, und sie begannen, sich zusammen zu tun, so wie sich einst jene zusammenschlossen, die wegen ihrer Körpergröße ausgeschlossen waren. Obwohl es aber Ähnlichkeiten zu ihnen selbst gab, hatten die Letztgenannten dafür keinerlei Verständnis. Und auf diese Weise spaltete sich die Gesellschaft zunehmend in zwei Teile, und alle, die versuchten, zu vermitteln, gerieten zwischen die Fronten und wurden am heftigsten kritisiert.

Damit stünde der «progressiven Identitätspolitik» zunehmend eine «rechte Identitätspolitik» gegenüber. Wo selbst die Zuschreibung «Rassist» oder «white supremacist» affirmativ angenommen und zur Grundlage der eigenen Politisierung und Gemeinschaftsbildung verwendet würde, wie bei den Anhänger:innen der Alt-Right-Bewegung, da taucht das spezifisch Neue eines nicht biologistischen, sondern *identitätspolitischen Rassismus* auf.

Auch bei weniger extremen identitätspolitischen Tendenzen von rechts sei ein Kampf um «Anerkennung» festzustellen. Mit Blick darauf betonte Di Blasi, dass hier besonders Menschen betroffen seien, die, weil sie einseitig als privilegiert oder dominant angesehen würden, weniger als andere Anerkennung für die eigenen Probleme erhielten, weshalb es gelte, auch ihnen gegenüber empathiefähig zu bleiben, wolle man die Polarisierung nicht weiter verschärfen.

Abschliessend machte Di Blasi noch auf ein weiteres Problem aufmerksam: Indem mit der Identitätspolitik auch die *mangelnde Berücksichtigung sozialer und ökonomischer Fragen* auf die andere Seite der Unterscheidung wandere, liefen auch und gerade hier Menschen, die sich *auch* als Opfer verstehen könnten, Gefahr, nicht die Ungleichheiten und die Ausbeutung eines bestimmten Wirtschaftssystems zu adressieren, sondern sich als Opfer jener misszuverstehen, die sich gegen Abwertungen und mangelnde Anerkennung konstituierten, also als Opfer der Opfer. Wolle man die steigenden Konflikte überwinden, gelte es daher, auf allen Seiten soziale und ökonomische Fragen angemessen zu berücksichtigen.